

12./IX. 1918

12

Abh

Die Erhöhung der Papierpreise.

Berlin, 11. Septbr. (B. B.) Zeitungsverleger und Papierfrage. Am 11. September fand in Berlin eine allgemeine Zeitungsverlegerversammlung statt, die, vom Verein Deutscher Zeitungsverleger einberufen, sich mit der infolge der Kriegsverhältnisse immer schwieriger gestaltenden Frage der Papierpreise und der Haltung der Reichsregierung in dieser Lebensfrage der deutschen Tagespresse beschäftigte. Schon der Besuch der Versammlung, in der über 1000 Zeitungen aus allen Teilen des Reiches vertreten waren, legte Zeugnis ab von der Bedeutung dieser Frage. Das Ergebnis der eingehenden Verhandlungen war nachfolgende Entschliebung, die mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurde: Die deutsche Presse befindet sich in einer ernsten Lage. Die Herstellungskosten drohen den Höhepunkt zu erreichen, der nicht mehr überschritten werden darf, soll nicht die altbewährte, historisch gewordene Struktur der deutsche Presse zerstört werden. Wird der dauernd steigenden Belastung nicht Einhalt geboten, so kann die Presse ihre wichtige vaterländischen Aufgabe nicht mehr erfüllen. Sie verliert an Verbreitung und Einfluß. Das wichtigste Nahrungsmittel unserer nationalen Interessen wird dadurch lahmgelegt. Wenn hier vom Reiche nicht eingegriffen wird, so sind die Zeitungen gezwungen, entweder ihren redaktionellen Teil bis zur Wirkungslosigkeit einzuschränken oder den Bezugspreis in einem Umfange zu erhöhen, der dem Volke, für das die Zeitungen eine wesentliche geistige Nahrung sind, unter den heutigen Verhältnissen unmöglich zugemutet werden kann. Gerade jetzt wären die Folgen von verhängnisvoller Wirkung für das Staatsleben. Es ist deshalb ein unumgängliches Erfordernis, daß die Reichsregierung, wie bisher, dafür Sorge trägt, die deutschen Zeitungen vor einer unterträglichen Belastung durch die Papierkosten zu bewahren.

Berlin, 11. Septbr. (B. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über die Zuschüsse für die Zeitungen: In der deutschen Zeitungswelt, besonders in den Kreisen des Deutschen Zeitungsverlegervereins, war in den letzten Wochen eine große Unruhe zu verspüren, weil man glaubte, daß die Zuschüsse, die das Reich und die Bundesstaaten den deutschen Zeitungen zu den ganz erheblich gestiegenen Papierkosten bisher beigesteuert haben, wieder wegfallen sollten. Wenn in diesem Zusammenhange Zweifel daran geäußert wurden, ob die deutsche Reichsregierung die Bedeutung der Presse für die Kriegführung richtig einschätze, so erledigt sich diese Unterstellung am einfachsten durch die Feststellung, daß nach der Entscheidung des Reichswirtschaftsamtes die Reichszuschüsse im gleichen Umfang nach dem gleichen System wie bisher weitergewährt werden sollen. Ueber die von den Bundesstaaten zu leistenden Zuschüsse sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.